



15.02.2017

von

Kurzgefasst

Michael Mandel, Mitglied des Vorstands, Commerzbank AG, Vorsitzender des Bankenverbands-Ausschusses für Privat- und Geschäftskunden, im Interview mit dem Handelsblatt zu europaweiten Zahlverfahren, Plänen der EU-Kommission, Kundendaten und Überweisungen per Smartphone.

Michael Mandel, Mitglied des Vorstands, Commerzbank AG, Vorsitzender des Bankenverbands-Ausschusses für Privat- und Geschäftskunden

Mandel: "Momentan fehlen noch wichtige Grundlagen"

15.2.2017

Interview mit Michael Mandel im Handelsblatt

Der Commerzbank-Vorstand und Verbandsvertreter über europaweite Zahlverfahren, Pläne der EU-Kommission, Kundendaten und Überweisungen per Smartphone.

Die Zahlungsdiensterichtlinie PSD2 ist noch nicht umgesetzt, da bringt sich der Bankenverband BdB mit dem Positionspapier "Digitales Bezahlen 2020" für die nächste Regulierungswelle in Stellung, wie Mandel als Vorsitzender des Ausschusses für Privat- und Geschäftskunden im BdB erklärt.

Herr Mandel, warum veröffentlichen Sie das Positionspapier gerade jetzt?

Wir haben ein klares Ziel vor Augen. Wir wollen europaweit das grenzüberschreitende Angebot an Zahlverfahren für

Schlagworte

Zahlungsverkehr
Verbraucher
EU
PSD2
Digitalisierung

Blog

die Verbraucher schneller und besser machen. Einige Details in der PSD2 sind hier aber noch problematisch, darauf wollen wir hinweisen. Außerdem erwarten wir im März von der EU-Kommission einen Aktionsplan zu Finanzdienstleistungen für Privatkunden. Das vorangegangene Grünbuch lässt vermuten, dass dieser Plan möglicherweise in die falsche Richtung geht. Wir wollen die Debatte darüber deshalb möglichst früh anstoßen.

Das Grünbuch skizziert einen EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen. Worauf zielt Ihre Kritik?

Sämtliche Dienstleistungen einer Bank zwingend und zugleich in ganz Europa verfügbar zu machen, wäre für die Banken ein übermäßiger regulatorischer Aufwand - dagegen ist die PSD2 ein Klacks. Wir dürfen uns aber nicht verzetteln, sondern müssen uns zuerst auf das Elementare konzentrieren. Das sind für uns der Zahlungsverkehr und eine einheitliche Registrierung und Identifizierung des Kunden.

Lehnen Sie einen einheitlichen EU-Finanzmarkt, der Kredite und Anlageprodukte umfasst, grundsätzlich ab?

Nein, natürlich nicht. Langfristig wird das kommen. Aber momentan fehlen dafür noch wichtige Grundlagen. So gibt es etwa für den Kunden bei der Registrierung umständliche Brüche. Vieles kann er online erledigen, aber am Ende muss er den Vertrag ausdrucken und unterschreiben. Oder beim Zahlungsverkehr: Es ist völlig normal, dass alle Händler in der Euro-Zone Euro-Scheine und -Münzen annehmen müssen. Dagegen gibt es beim mobilen Bezahlen verschiedene Varianten, und der Kunde weiß oft nicht, welche er wo nutzen kann, erst recht nicht, wenn er das eigene Land verlässt. Hier würde eine grenzüberschreitende Verbreitung, etwa von Paydirekt, helfen. Wir brauchen auch beim digitalen Bezahlen europaweit einen gemeinsamen Standard.

Bisher ist Paydirekt, das Online-Zahlungssystem der

Blog

Banken und Sparkassen, auf den Internethandel beschränkt.

Das wird sich bald ändern. Als Nächstes planen wir, Geld von Handy zu Handy zu schicken. Eine Funktion zum mobilen Bezahlen an der Ladenkasse wäre danach die logische Erweiterung.

Machen die Banken in anderen europäischen Ländern mit?

Der Zahlungsverkehr ist die Kernkompetenz der Banken, die dürfen wir uns nicht von anderen streitig machen lassen. Große Drittanbieter - vor allem aus den USA - sind längst weltweit aktiv, da müssen wir mindestens europaweit agieren, das fordern auch die Händler. Deshalb führen wir bereits Gespräche. Mit unserem Positionspapier wollen wir die Dringlichkeit noch stärker bewusst machen.

Sie prangern in diesem Papier auch die Vormachtstellung von Online-Marktplätzen und Handy-Herstellern an.

Das sind zwei unterschiedliche Themen. Bei den Marktplätzen kritisieren wir, dass dort teilweise nur wenige Zahlungsverfahren angeboten werden. Hier müssten die Händler die freie Wahl haben. Bei Herstellern von Smartphones und Tablets geht es darum, dass Zahlungsdiensten und Banken der Zugriff auf wichtige Infrastruktur versperrt wird. In beiden Fällen sollte der Gesetzgeber eine Diskriminierung und damit Wettbewerbsverzerrungen verhindern.

Als BdB preschen Sie voran, statt die gesamte Kreditwirtschaft einzubeziehen. Eine Lehre aus dem jahrelangen Gezerre zwischen Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken um Paydirekt?

Einer muss vorangehen, aber wir haben uns schon mit den anderen Verbänden in Deutschland und dem Europäischen Bankenverband ausgetauscht. Und zu Paydirekt: Ja, es hat gedauert, aber jetzt sind wir stolz auf das Gemeinschaftsprojekt der deutschen Banken und Sparkassen.

Blog

Das Gespräch führte Katharina Schneider.